



Wenn K+S den Kaliabbau wieder aufnimmt, wird sich einiges ändern. Viele Bürger zeigen sich wegen der Auswirkungen auf Natur und Umwelt besorgt.

Archivfoto: Hartmann

Bergbaupläne lassen Bürger bangen

Bei einer Info-Tour durch den Nordkreis pochen die Teilnehmer auf einen möglichst schonenden Kaliabbau

Kreis Hildesheim (ara). Die Pläne von K+S, den Bergbau bei Giesen wiederaufzunehmen, werden die Gemüter noch jahrelang erhitzen. Das zeigte jetzt eine Info-Tour der Grünen und des Bunds für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND). Die Bürger fordern einen umweltverträglichen Kaliabbau, wenn das Unternehmen das „Hartsalzwerk Siegfried Giesen“ tatsächlich errichtet: samt Bürogebäude, Magazin, Waschräumen und auch Parkflächen für eine 300-Mitarbeiter-Belegschaft in Sarstedt. „Wir sind nicht gegen Pläne, die die wirtschaftliche Entwicklung fördern. Aber die Auswirkungen für Natur und Mensch müssen möglichst gering sein“, forderte der Sarstedter Ratscherr Harald Sandner.

Möglicherweise rauschen die Bergleute ab 2020 oder 2021 in die Tiefe, die für die Düngemittelproduktion abertausende Tonnen Kali zutage fördern. Bis dahin sind es noch gut sieben Jahre, aber viele im Nordkreis sind jetzt schon besorgt. Und fast schon gierig zu erfahren, was nun wirklich auf die Region zukommt. Kein Wunder, dass eine Info-Tour von Naturschützern und der Grünen auf großes Interesse stößt.

In dem Bus, mit dem die Bürger durch den Kreis fahren, bleiben nur ein paar Plätze frei. Mehr als 50 Menschen diskutieren über mögliche Folgen des K+S-Projekts: Lärm durch Güterzüge und

Schwerlastverkehr, vernichtete Böden in ertragreichen Gebieten oder kaum absehbare Folgen für Natur und Mensch.

„Wenn der Verkehr nicht vernünftig reguliert wird, machen wir Rabatz“, schimpft ein Mann an einer Station der Info-Fahrt in Sarstedt. Er fürchtet, dass mit dem Bau eines Unternehmenssitzes an der Glückaufstraße der Verkehr deutlich anschwillt.

Zudem soll bei Giesen eine mächtige Flachhalde anwachsen, auf der unbrauchbares Abraummateriale lagert. Eine Halde, die deutlich größer wäre als der Kali-Berg bei Giesen, erklärt Matthias Köhler vom BUND. Ein tiefer Einschnitt in die Landschaft also, bangen Naturschützer. Weil Staub von der künftigen Halde aufsteige, der etwa das Naturschutzgebiet Entenfang bei Rössing erheblich belastet, mahnt Nina Lipecki vom Kreisverband der Grünen.

Sie warnt überdies mit Blick auf das Grubenunglück im thüringischen Unterbreizbach vor aus ihrer Sicht ohnehin nur schwer zu kalkulierenden Risiken des Bergbaus. „Da wurde eine Kohlenstoffdioxidblase angebohrt. Das Unglück forderte drei Todesopfer.“ Ein ähnlicher Unfall ist für Lipecki auch bei Giesen nicht auszuschließen.

Weiterer Kritikpunkt ist der Güterzugverkehr, mit dem die Menschen im Nordkreis rechnen müssen. Künftig würden etliche Bahnen mehr durch Alger-

misen und Harsum rollen – insbesondere durch Ahrbergen, betonen die Grünen. Dort machen die Bürger bei ihrer Tour ebenfalls Halt. „Hier werden vier bis sechs Züge an einem Wohngebiet vorbeifahren, das sich in unmittelbarer Nähe der Gleise befindet“, prognostiziert Lipecki.

„Na super, da hätte ich unser Haus vor acht Jahren nicht gekauft“, übt sich eine Frau prompt in Galgenhumor. „Da hilft auch keine Doppel- und Dreifachverglasung“, pflichtet ihr Petra Heidemann aus Nordstemmen bei, die sich ebenfalls zu

Wort meldet. Und was Christoph Anders aus Ahrbergen jetzt schon übel aufstößt, ist der Lärm mit dem seiner Meinung nach zu rechnen ist. „Es wird regelmäßige Sprengungen geben. Da braucht man zu diesen Zeiten keinen Wecker mehr.“

Auch Lars Hampel von den Grünen in Giesen verfolgt die Debatte mit großem Interesse. Er hat ebenfalls einen bedeutenden Aspekt parat. Er informiert die Bürger, dass die Gemeinde Giesen für das Kali-Projekt eine Straße von Giesen nach Ahrbergen wegen des künftigen Schwerlastverkehrs erweitern müsse.

K+S: Verkehr maßvoll, Emissionen unter Grenzwert

Kreis Hildesheim (ara). Das Unternehmen K+S begrüßt die Info-Tour der Grünen und des BUND durch den Nordkreis.

„Wir haben die Öffentlichkeit und alle interessierten Gruppen sehr frühzeitig über das Projekt informiert und in diesem Zusammenhang auch mit den Grünen im Kreis einen intensiven Dialog entwickelt“, so Unternehmenssprecher Ulrich Göbel. K+S befürwortet es, wenn Informationen wie bei der Info-Fahrt weiter gegeben werden.

K+S geht mit Blick auf die Info-Fahrt auch auf die Sorgen der Bürger ein. „Das Verkehrsaufkommen wird sich zwar er-

höhen, aber so maßvoll, dass es sich weiterhin im Rahmen der Klassifizierung für die jeweiligen Straßen bewegen wird“, erklärt Göbel. „Darüber hinaus planen wir in Sarstedt zur Entlastung der Ortschaft eine neue Zufahrtstraße und in Giesen wollen wir an die neu geplante Gemeindeverbindungsstraße anschließen. Hierzu stehen wir mit beiden Kommunen im Dialog.“ Planungsvorgabe sei zudem Eingriffe in Natur und Umwelt so verträglich wie möglich zu gestalten, wenn sie nicht vermieden werden können. „Nicht vermeidbare Eingriffe werden deshalb im Rahmen des Genehmigungsantrages ausgeglichen“,

Anzeige

Wenn wir gehen, können Sie besser wohnen!

Ihr Liefer-Team
von Möbel Flohr!



Die beste Wahl im Leinetal
FLOHR MÖBEL
Milchweg 28
30982 Schulenburg/Leine
www.moebelflohr.de



Einwohner diskutieren in Ahrbergen mit Nina Lipecki von den Grünen über Folgen des geplanten Kali-Abbaus bei Giesen. Foto: Raths

Außerdem würde diese mit der B 6 verbunden – all das schlägt mit etwa sechs Millionen Euro zu Buche. Ein „dicker Brocken“ für den Haushalt einer relativ kleinen Gemeinde also, meint Hampel.

Nach zweistündiger Diskussion rät Nina Lipecki den Menschen, kritisch am Ball zu bleiben – und vielleicht sogar eine Bürgerinitiative zu gründen. Damit rennt sie bei einer Nordstemmerin offene Türen ein: „Da hat K + S sowieso Angst vor, das haben die uns schon vor Jahren bei einer Veranstaltung gesagt.“

so Göbel weiter. Zudem sei die Schonung landwirtschaftlicher Flächen eine Herausforderung. „Deshalb haben wir mit der Landwirtschaftskammer eine Arbeitsgruppe gegründet, in der wir mit dem Landvolk und den Behörden intensiv an Lösungen in diesem Bereich arbeiten wollen.“

Überdies würden alle Emissionen, die mit dem Betrieb verbunden sein können (etwa Geräusche, Staub, gasförmiger Ausstoß) definitiv unter den gesetzlichen Grenzwerten bleiben. Genauere Festlegungen dazu sollen im Rahmen des Planfeststellungsantrages erarbeitet werden.